FREIE DEMOKRATISCHE PARTEI

Bundesschiedsgericht

Beschluss

verkündet am 28.11.1986

2/1986

In dem Schiedsgerichtsverfahren

Kreisverband E der F.D.P.

- Antragsteller und Beschwerdegegner -

g e g e n

A

- Antragsgegner und Beschwerdeführer -

hat das Bundesschiedsgericht am 28.11.1986 in der Besetzung

Dr. Hans Fuhrmann (Präsident)

Dr. Peter Friederici (Beisitzer)

Dr. Julius Goeser (Beisitzer)

Günther Kastenmeyer (Beisitzer)

Hermann Bach (Beisitzer)

entschieden:

Die Entscheidung des Landesschiedsgerichts des LV Nordrhein-Westfalen vom 13.6.1985 wird aufgehoben.

Der Antrag des Antragstellers vom 10.1.1985 auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung wird zurückgewiesen.

Gründe

Durch Antrag an das Landesschiedsgericht beim Landesverband Nordrhein-Westfalen vom 23.3.1984 hat der Beschwerdeführer zusammen mit anderen Mitgliedern des Beschwerdegegners die Wahl für den Vorstand des Beschwerdegegners vom 25.2.1984 angefochten. Er machte zwei Anfechtungsgründe geltend: Eine Verletzung der Wahlordnung liege darin, daß, nachdem in einer ersten Stichwahl zwei Kandidaten - darunter der Beschwerdeführer Stimmgleichheit erzielt hätten, eine weitere Wahl durchgeführt worden sei, anstelle einer in der Wahlordnung vorgeschriebenen Losentscheidung (§ 5 Abs. 4 Satz 2 der Geschäftsordnung zur Landessatzung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen). Weiter machte er geltend, die als Beisitzerin im Vorstand gewählte K könne nicht Mitglied des Vorstands sein, weil sie als Angestellte der Kreisverbandsgeschäftsstelle weisungsgebunden sei.

In der Sitzung des Landesschiedsgerichts (AZ.: 91-111-c/d 2/84) am 13.5.1984 schlossen die Parteien hinsichtlich des Verstoßes gegen die Wahlordnung einen Vergleich. Die Anfechtung der Wahl von K wies das Landesschiedsgericht nach durchgeführter Beweisaufnahme durch Entscheidung vom 14.6.1984 zurück, da K nach Auffassung des Schiedsgerichts keine weisungsgebundene Mitarbeiterin der Kreisgeschäftsstelle sei. Diese Entscheidung ist rechtskräftig.

Mit Antrag vom 28.12.1984 hat der Beschwerdeführer zum Kreisparteitag des Beschwerdegegners folgende Anträge gestellt:

- Der Kreisparteitag bedauert, daß der Kreisvorstand durch M und K dem Kreishauptausschuß eine Darstellung der Beschäftigungs- und Abhängigkeitssituation von K gegeben hat, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmt. Der Kreisparteitag fordert den Kreisvorstand auf, sich künftig bei Berichten an den Kreishauptausschuß an die Wahrheit zu halten. Zur Begründung führte er u. a. aus, K sei Angestellte des Bundestagsabgeordneten B, was sich in der Beweisaufnahme vor dem Landesschiedsgericht ergeben hätte, und nicht, wie vor der Wahl von K, diese und das Vorstandsmitglied M erklärt hatten, Angestellte des Deutschen Bundestags.

- Der Kreisparteitag bedauert, daß der Kreisvorstand trotz ausreichender Prüfungszeit einen Satzungsverstoß für satzungsgemäß erklärt hat und daß sich M, der an der Beschlußfassung nicht beteiligt war, nach längerer Prüfungszeit dieser Auffassung angeschlossen hat. Der Kreisparteitag erwartet, daß sich ein derart oberflächlicher Umgang mit der Satzung nicht wiederholen wird. Zur Begründung führte der Beschwerdeführer an, es sei verständlich, daß bei der Wahl der Wahlleiter in der Hitze des Gefechts die Bestimmung in § 5 Abs. 4 Satz 2 der Geschäftsordnung zur Landessatzung übersehen habe, wonach bei Stimmgleichheit in der ersten

Stichwahl ein Losentscheid herbeizuführen und nicht eine weitere Wahl durchzuführen ist. Zu beanstanden sei jedoch, daß der Vorstand, nachdem er Gelegenheit zur Prüfung der Rechtslage hatte, einen Satzungsverstoß geleugnet habe und daß sich das Vorstandsmitglied M als Jurist dieser unzutreffenden Auffassung angeschlossen habe.

Auf Antrag des Beschwerdegegners hat das Landesschiedsgericht durch den Vorsitzenden am 11.1.1985 eine einstweilige Anordnung dahin erlassen, daß dem Antragsgegner aufgegeben wird die betreffenden Ziffern seines Antrags vom 28.12.1984 zum Parteitag des Kreisverbands Essen am 17.1.1985 zurückzuziehen.

Aufgrund Antrags des Beschwerdeführers entschied das Landesschiedsgericht am 13.6.1985, daß der Antrag auf Aufhebung der einstweiligen Anordnung vom 11.1.1985 zurückgewiesen wird.

Die vom Beschwerdeführer im Schriftsatz vom 14.6.1985 gegen diese Entscheidung erhobene Beschwerde, ist zulässig (§ 10 Ziff. 1 SchGO).

Die Beschwerde ist auch begründet. Die Parteien haben sich mit einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren einverstanden erklärt.

Nach Auffassung des Landesschiedsgerichts beabsichtigte der Beschwerdeführer mit seinen Anträgen "ihrem Sinngehalt nach" eine Verwarnung oder einen Verweis im Sinne von § 7 Abs. 1 Ziff. 1 und 2 der Landessatzung Nordrhein-Westfalen. Zur Verhängung von Ordnungsmaßnahmen sei nach § 9 Abs. 1 Ziff. 2 SchGO allein das Landesschiedsgericht zuständig und nicht der Kreisparteitag. Deshalb sei der Antrag unzulässig. Der erste Antrag verstoße gegen die rechtskräftige Feststellung in der Entscheidung des Landesschiedsgerichts vom 14.6.1984, wonach bei K keine Gründe vorlagen, die ihrer Wahl zum Beisitzer im Kreisvorstand entgegenstehen. Auch verstießen die Anträge des Beschwerdeführers an die Mitgliederversammlung des Kreisverbands gegen § 7 Abs. 3 und § 23 SchGO, wonach alle Vorgänge, insbesondere Verhandlungen des Landesschiedsgerichts vertraulich zu behandeln seien und wonach nur das Schiedsgericht selbst die Veröffentlichung einer Entscheidung anzuordnen berechtigt sei. Die Entscheidung wird weiter darauf gestützt, der Antrag des Beschwerdeführers verstoße gegen die parteigesetzliche Grundordnung, weil nach dem Parteiengesetz es die Aufgabe des Schiedsgerichts sei die Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten der Partei mit einzelnen Mitgliedern herbeizuführen und über die Auslegung und Anwendung der Satzung zu entscheiden. Die Befassung der politischen Gremien des Kreisverbandes mit einem abgeschlossenen Schiedsgerichtsverfahren sei damit unvereinbar und deshalb unzulässig.

Gründe

Die zulässig erhobene Beschwerde ist begründet.

1. Die Anträge des Beschwerdeführers zur Mitgliederversammlung des Beschwerdegegners erstreben keine Ordnungsmaßnahmen, für deren Verhängung allein das Landesschiedsgericht zuständig gewesen wäre. Ziel beider Anträge war eine politische Mißbilligung der Handlungsweise des Vorstands bzw. einzelner seiner Mitglieder und nicht die Verhängung von Ordnungsmaßnahmen, wie eine Verwarnung oder einen Verweis. Ihrem Inhalt nach stellten, die vom Beschwerdeführer angekündigten Anträge Handlungsaufforderungen an den Vorstand bzw. dessen Mitglieder dar, nämlich künftig die Wahlordnung einzuhalten bzw. wahrheitsgemäße Berichte zu erstatten, die aus einer Kritik am Verhalten des Vorstands bzw. seiner Mitglieder in der Vergangenheit hergeleitet wurden. Die Zulässigkeit der Stellung und Behandlung solcher Anträge entspricht allgemeiner demokratischer Praxis bei der Willensbildung der Parteien. Die Untersagung solcher Anträge würde gegen § 15 Abs. 3 Parteiengesetz verstoßen, wonach eine demokratische Willensbildung zu gewährleisten ist und insbesondere auch Minderheiten Gelegenheit haben müssen ihre Vorschläge ausreichend zur Erörterung zu bringen.

2. Der Antrag, der sich mit der Darstellung der Beschäftigungsverhältnisse von K vor dem Kreishauptausschuß befaßt, verstößt nicht gegen die Rechtskraft einer Entscheidung des Landesschiedsgerichts im Wahlanfechtungsverfahren - AZ.: 91-111-c/d 2/84 - denn Gegenstand dieses Verfahrens war die Frage, ob in der Person von K Gründe liegen, die nach § 21 Abs. 4 Satz 1 Satzung des Landesverbands, eine Wahl zum Vorstandsmitglied ausschließen. Diese Frage hat das Landesschiedsgericht rechtskräftig verneint. Nicht Gegenstand des Wahlanfechtungsverfahrens war die zum Gegenstand des Antrags des Beschwerdeführers gemachte Frage, welche Darstellung K selbst oder ein Vorstandsmitglied gegenüber dem Kreishauptausschuß - nicht in der Mitgliederversammlung, in der die Wahl erfolgte - gegeben hat. Dies erweist die Tatsache, daß ein dem Antrag des Beschwerdeführers stattgebender Beschluß der Mitgliederversammlung des Beschwerdegegners die rechtskräftig festgestellte Wahl von K zum Beisitzer im Vorstand nicht berühren würde.

3. Die Anträge des Beschwerdeführers sind auch nicht unzulässig, weil sie eine mit Rücksicht auf das durchgeführte Wahlanfechtungsverfahren vor dem Landesschiedsgericht bestehende Vertraulichkeitspflicht verletzen. Eine solche ergibt sich nicht aus § 7 SchGO. Die in Abs. 3 dieser Bestimmung angeordnete Pflicht zur Vertraulichkeit betrifft die Mitglieder des Landesschiedsgerichts und seiner Geschäftsstelle, verbietet jedoch nicht den Parteien oder in der nach § 22 SchGO parteiöffentlichen mündlichen Verhandlung anwesenden Mitgliedern die parteiinterne Mitteilung von Einzelheiten aus diesem Verfahren oder der Entscheidung des Schiedsgerichts. Eine Pflicht der Parteien eines Schiedsgerichtsverfahrens zur Vertraulichkeit hinsichtlich aller dabei zutage getretenen Umstände ergibt sich auch nicht aus § 23 SchGO. Nach dieser Bestimmung kann das Schiedsgericht eine Veröffentlichung seiner Entscheidung in geeigneter Form anordnen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß eine Entscheidung des Schiedsgerichts solange ihre Veröffentlichung nicht angeordnet ist, vertraulich zu behandeln wäre. Auch dies ergibt sich aus der einem allgemeinen Rechtsgrundsatz entsprechenden Bestimmung § 22 Abs. 2 SchGO, wonach grundsätzlich die mündliche Verhandlung vor dem Schiedsgericht für Parteimitglieder öffentlich ist.

4. Richtig ist, daß nach § 14 Parteiengesetz Aufgabe der Parteischiedsgerichte die Schlichtung und Entscheidung von Streitigkeiten im Bereich der Partei ist. Dem entspricht die Ausgestaltung der Schiedsgerichtsordnung. Ist durch das Schiedsgericht eine Schlichtung erfolgt oder eine Entscheidung getroffen, so schließt dies nicht aus, daß der Tatbestand der

Gegenstand der Entscheidung des Schiedsgerichts war, oder diese Entscheidung selbst im politischen Raum besprochen und auch kritisiert werden können. Insoweit gilt für die Entscheidung eines Schiedsgerichts nichts anderes als für Urteile eines staatlichen Gerichts. Ebenso wie der durch Urteil eines staatlichen Gerichts geregelte Lebenssachverhalt und auch dieses Urteil selbst Gegenstand der allgemeinen Erörterung sein können, ist dies auch im schiedsgerichtlichen Verfahren der Fall hinsichtlich einer parteiinternen Diskussion.

Aus diesem Grunde steht die Entscheidung des Landesschiedsgerichts vom 14.6.1984 oder das dieser Entscheidung vorangegangene Verfahren einer Behandlung der vom Beschwerdeführer gestellten Anträge nicht entgegen.

Die Entscheidung ist kostenfrei (§ 28 Abs. 1 SchGO).